

Kompetenzzentrum gegen Extremismus
in Baden-Württemberg

JAHRESBERICHT 2021



Baden-Württemberg

LANDESKRIMINALAMT

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Landeskriminalamt Baden-Württemberg
Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (**konex**)
Postfach 50 07 29, 70337 Stuttgart

REDAKTION

Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (**konex**)
Anna-Katharina Kirsch und Daniel Gauss
Postfach 50 07 29, 70337 Stuttgart

KONTAKT

T: 0711 279-4556
E-Mail: kontakt@konex.bwl.de

GRAFISCHE GESTALTUNG

orel**united** Werbeagentur GmbH, Fritz-Reuter-Str. 18, 70193 Stuttgart

BILDQUELLEN

konex, Steffen Schmid, Christian Rottler, Polizeipräsidium Einsatz,
© krulua & alphaspirit

1. Auflage, Mai 2022

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach vorheriger Genehmigung
des Herausgebers.

GRUSSWORT

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die Entwicklung des Kompetenzzentrums gegen Extremismus in Baden-Württemberg begleitet mich bereits seit meinem Amtsantritt als Stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister im Jahr 2016. Wie vorausschauend die Entscheidung war, ein eigenständiges Kompetenzzentrum zur präventiven Extremismusbekämpfung bei der Landespolizei einzurichten, zeigt sich jetzt in dieser Zeit.

Welch enorme Bedeutung das Thema in der heutigen Zeit aber erlangt hat, hatten freilich nur wenige auf dem Zettel. Ursprünglich mit dem Fokus auf islamistischen Extremismus gestartet, hat sich das **konex** unter dem Dach des Innenministeriums zu einem wichtigen Baustein in der Sicherheitsarchitektur von Baden-Württemberg in allen relevanten Extremismusbereichen weiterentwickelt. Darauf können wir stolz sein, ruhen uns auf dem bisher Erreichten aber nicht aus. Neue Erscheinungsformen des Extremismus und die zusätzliche Dynamik, die die Coronapandemie und ihre Begleiterscheinungen mit sich bringen, werden uns auch in Zukunft herausfordern. Viel zu viele Menschen lassen sich unter dem Druck der aktuellen Krisen durch „Fake News“ und extremistische Propaganda verunsichern und beginnen, an unserem demokratischen System zu zweifeln. Wir müssen alles daransetzen, so viele wie möglich wieder in den gesellschaftlichen Diskurs zu integrieren und Vertrauen zu schaffen.

Umso besser, dass wir mit dem **konex** eine Einheit haben, die schnell und kompetent in der Lage ist, auch neue Entwicklungen im extremistischen Spektrum zu erkennen, zu analysieren und unmittelbar präventive Maßnahmen in ihrem Netzwerk mit vielen behördlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern zu koordinieren und zu initiieren. Dies geschieht seit Beginn des Jahres 2022 unter der Leitung des Landeskriminalamts, bei dem **konex** nun organisatorisch eingebunden ist. Die bewährte Struktur bei **konex** bleibt jedoch erhalten. Mit Blick auf die stetige Weiterentwicklung bin ich mir sicher, dass alle von dieser organisatorischen Einbindung profitieren werden.

Bei allen Beteiligten, die zu dieser außerordentlich positiven Entwicklung beigetragen haben, bedanke ich mich sehr herzlich. Neues zu schaffen und auf den Weg zu bringen, erfordert immer viel Begeisterung und Einsatz.

Rückblickend bleibt mir nur zu sagen: Das Engagement hat sich absolut gelohnt! Mein herzlicher Dank gilt allen Beteiligten.



Thomas Strobl

Stellvertretender Ministerpräsident und Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg



VORWORT

**Liebe Leserin,
lieber Leser,**

und noch so ein Jahr, das sich bestenfalls mit dem Fazit „immerhin“ abhaken lässt. In der zugegeben etwas naiven Hoffnung, die schlimmste Phase der Pandemie bewältigt zu haben, sind wir im Jahr 2021 mit dem guten Vorsatz angetreten, das Netzwerk des konex auszubauen und zu stärken. Die Ernüchterung folgte schnell. Networking funktioniert natürlich am besten bei persönlichen Kontakten. Regelungen wie 2G, 2G+, 3G und Kontaktbeschränkungen schaffen da keine idealen Rahmenbedingungen.

Aber immerhin: Wir konnten als Höhepunkte zwei gewinnbringende Netzwerktreffen im Hospitalhof in Stuttgart veranstalten und haben an die jeweilige Lage angepasst unter Nutzung aller zur Verfügung stehenden Kommunikationskanäle die Vernetzung so gut es eben ging vorangetrieben. Wie wertvoll die Kooperation mit unseren behördlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern ist, zeigt sich brandaktuell im Zusammenhang mit den Herausforderungen, die die zunehmende „Delegitimierung des Staates“ im Zuge der Pandemie mit sich bringt.

Anna-Katharina Kirsch
Geschäftsführung **konex**

Verschwörung oder handfester Extremismus? Harmlos oder brandgefährlich? Radikalisierung oder einfach Frust? Gerade in diesem Themenfeld zeigt sich, wie wichtig es ist, Erfahrungen auszutauschen, verschiedene Perspektiven zu berücksichtigen und gemeinsam Antworten zu finden.

Und dann kam noch eine neue, nicht ganz unwesentliche Entwicklung hinzu. Mit der Veröffentlichung des Koalitionsvertrags der Landesregierung hatten wir einen weiteren Schwerpunkt: Die Verlagerung des **konex** zum Landeskriminalamt Baden-Württemberg. Aus der Ferne betrachtet wandert ein „Kästchen“ von einem Organigramm ins andere. Im Detail mussten im Rahmen der Projektarbeit knapp 200 Themenstellungen in Sachen Personal, Haushalt, Technik und Liegenschaft abgearbeitet werden. Dank des großen Engagements aller Beteiligten ist es in kurzer Zeit gelungen, das **konex** in seiner bewährten Struktur beim Landeskriminalamt zum Jahresende einzugliedern. Einmal mehr macht uns vor allem die kollegiale Art und Weise stolz, mit der wir diese Aufgabe gemeinsam bewältigt haben. Im Lichte dieser Erfahrungen kann man nur zuversichtlich in die Zukunft schauen, egal was sie an neuen Herausforderungen bereithält.

Daniel Gauss
Geschäftsführung **konex**



INHALT

10 DAS KONEX IM ÜBERBLICK

- 11 Aufbau und Aufgaben des **konex** auf einen Blick
- 12 Gremienstruktur des **konex**
- 13 Haushaltsmittel **konex**

15 THEMENSCHWERPUNKT: KONEX – VERNETZT

- 15 Das **konex** im Justizvollzug
- 16 **konex** und „Left“ – ein Miteinander
- 16 Bund-Länder-Arbeitstagung staatlicher Aussteigerprogramme im Bereich Linksextremismus (BLAt LEX)
- 18 Netzwerk- und Informationstreffen im Hospitalhof im Jahr 2021
- 22 Das **konex** zu Gast bei der Bundeswehr

24 PRÄVENTION

- 24 ACHTUNG!?
- 25 Evaluation Achtung?!
- 26 GeZ KKP „KnackPunkte“

28 KOOPERATION

- 28 Strategiepatenschaft für Demokratie und Toleranz
- 30 Landesbildungszentrum Deradikalisierung
- 32 Polizei
- 32 Justiz
- 33 Verwaltung

34 ZEICHEN GEGEN ANTISEMITISMUS

- 34 Amtseinführung der Polizeirabbiner in Baden-Württemberg
- 40 Förderung von Sicherheitsmaßnahmen an jüdischen/israelitischen Einrichtungen
- 41 Jüdische Grundschule zu Besuch bei der Wasserschutzpolizeistation Stuttgart

44 INTERVENTION

- 44 So oder so ähnlich – Ein fiktiver Fall in der Ausstiegsberatung
- 49 Workshop mit Haus des Jugendrechts in Mannheim

50 KONEX UNTERWEGS

- 50 Twinning Projekt Jordanien
- 52 Blitzlichter: Vorträge
 - 52 Fortbildung beim Polizeipräsidium Einsatz
 - 53 BKA – internationale Konferenz
 - 53 Verschwörungsmymen

54 VERÖFFENTLICHUNGEN

56 GREMIEN UND NETZWERKE

60 KONEX UNTER NEUEM DACH

- 61 Der ehemalige und der neue Chef
im Gespräch
- 64 **konex** unter neuem Dach

66 ERREICHBARKEIT DES KONEX



DAS KONEX IM ÜBERBLICK

Das konex ist das Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg. Getreu dem Slogan: „Gemeinsam gegen Extremismus“ bietet es zusammen mit seinen Netzwerkpartnern Informationen und Beratung gegen religiös und politisch motivierten Extremismus an.



Das interdisziplinär aufgestellte Team setzt sich aus Polizeivollzug sowie einer Vielzahl wissenschaftlicher Referentinnen und Referenten bzw. Beratenden zusammen.

Dieser Ansatz spiegelt sich in allen Bereichen des Kompetenzzentrums wider: Dem Bereich angewandte Wissenschaften, dem Landesbildungszentrum Deradikalisierung, den Strategie- und Grundsatzangelegenheiten sowie der Ausstiegsberatung.

AUFBAU UND AUFGABEN DES KONEX AUF EINEN BLICK



GREMIENSTRUKTUR DES KONEX



LENKUNGSAUSSCHUSS

- **Strategische Entscheidungen**
- Vorsitz durch für die Polizei zuständige(n) Staatssekretärin bzw. Staatssekretär des Innenministeriums
- Zwölf Vertreterinnen und Vertreter staatlicher Institutionen
- Drei gewählte Vertreterinnen und Vertreter nichtstaatlicher Organisationen des Fachbeirats



FACHBEIRAT

- **Fachliche Begleitung**
- Erarbeitung von Vorschlägen zu Zielsetzung, Ausrichtung und Aufgabenschwerpunkte
- Über die Zusammensetzung des Fachbeirates entscheidet der Lenkungsausschuss



KONFERENZ EXTREMISMUS- PRÄVENTION

- **Erarbeitung operativer Themen**
- Themen können in den Lenkungsausschuss eingebracht und dort ggf. beschlossen werden
- Anlass- bzw. themenbezogene Auswahl der Teilnehmenden

ERFAHREN SIE MEHR ÜBER DIE STRUKTUR UND
MITGLIEDER DER KONEX-GREMIEN AUF DER HOMEPAGE
UNTER WWW.KONEX-BW.DE



HAUSHALTSMITTEL KONEX

Dem **konex** standen im Jahr 2021 gem. Staatshaushaltsplan 2020/2021 für die Geschäftsstelle Mittel in Höhe von 300.000 Euro pro Jahr zur Verfügung. Für externe Dienstleistungen zur Unterstützung des konex standen Mittel in Höhe von 450.000 Euro pro Jahr zur Verfügung. Aus diesem Budget wird auch die landesweite Umsetzung des Projekts ACHTUNG?! weiterfinanziert.

Der Lenkungs-
ausschuss des **konex**



THEMENSCHWERPUNKT 2021: KONEX – VERNETZT DAS KONEX IM JUSTIZVOLLZUG

Eine erfolgreiche Deradikalisierungs- und Präventionsarbeit setzt auch ein gutes Fundament an landesweiten Partnerschaften voraus. Um dies zu gewährleisten, ist ein besonderer Fokus auf eine intensive Netzwerkarbeit notwendig – vor allem mit Justizvollzugsanstalten in ganz Baden-Württemberg, für die das **konex** als zuverlässiger Ansprechpartner in der Ausstiegsberatung dient.

Die Freiheitsstrafe ist für viele Inhaftierte eine belastende Zeit, in der sie für Radikalisierung oder deren Fortschreiten anfällig sein können. Um dies zu verhindern, empfiehlt es sich, frühzeitig mit Deradikalisierungsarbeit zu beginnen. Unterstützend wirken in dieser belastenden Zeit Gespräche mit dem **konex** oder andere präventive Angebote, um gefährdete Personen gegen eine Radikalisierung zu stärken und sie zu be-

gleiten. Eine Vernetzung mit den Justizvollzugsanstalten und ihren verschiedenen Arbeitsbereichen ist daher unentbehrlich.

Das **konex** hat sich aufgrund dieser Notwendigkeit und im Zuge der verstärkten Vernetzungsoffensive im Jahr 2021 in der Mehrheit der Justizvollzugsanstalten, trotz der pandemischen Restriktionen, vorgestellt. Ein besonderer Fokus lag bei den Austauschtreffen auf der unmittelbaren Vernetzung mit den Sozialdiensten sowie den psychologischen Diensten der Justizvollzugsanstalten. Das **konex** bietet neben der Deradikalisierungs- und Präventionsarbeit in den Justizvollzugsanstalten eine intensive Begleitung und Beratung für das Personal der verschiedenen Dienste der Justizvollzugsanstalten an und ist ein direkter Ansprechpartner der Beschäftigten in den Anstalten.

KONEX UND „LEFT“ – EIN MIT- EINANDER

Um eine gute Arbeit zu gewährleisten, darf gerne über den Tellerrand hinausgeschaut und darüber hinaus agiert werden. Denn Sicherheit ist eine Sache der Kooperation und des Austausches, die im Idealfall länderübergreifend vonstatten geht.

So blickt das **konex** mit einem gewissen Stolz auf den fruchtbaren Austausch mit „Left“, dem Aussteigerprogramm des Landesamts für Verfassungsschutz in NRW. Dieses Programm wurde bereits 2018 und als erstes staatliches Aussteigerprogramm deutschlandweit für den Phänomenbereich Linksextremismus ins Leben gerufen. Da ist es nur logisch, dass das **konex** dankbar vom dort vorhandenen Erfahrungsschatz beim anfänglichen Auf- und Ausbau der Phänomenbereiche Links- und Auslandsbezogener Extremismus profitiert. So fand das erstmalige persönliche Kennenlernen zwischen „Left“ und dem **konex** im Juli 2020 in Düsseldorf statt. Trotz pandemiebedingter Restriktionen und Hürden war den Beteiligten beider Seiten der persönliche Austausch von enormer Wichtigkeit. Das zweite Treffen fand ein Jahr später vom 31. Juni bis 1. Juli 2021 in den Räumlichkeiten des **konex** statt. Auf der Tagesordnung stand nicht zuletzt die Ausrichtung der ersten Bund-Länder-Arbeitstagung vom 22. bis 23. September 2021, die in Düsseldorf unter aktiver Teilnahme des **konex** von „Left“ veranstaltet wurde.

BUND-LÄNDER-ARBEITSTAGUNG STAATLICHER AUSSTEIGER- PROGRAMME IM BEREICH LINKSEXTREMISMUS (BLAT LEX)

War das eine beeindruckende Arbeitstagung! Und das nicht nur dank des Kardinal-Schulte-Hauses als Tagungsort in Bergisch-Gladbach mit einer einzigartigen Aussicht auf die Stadt Köln: denn

trotz der angespannten pandemischen Lage folgten im September Beraterinnen und Berater aus sieben Bundesländern sowie Vertreterinnen und Vertreter des Bundesinnenministeriums des Innern und

für Heimat und des Bundesamts für Verfassungsschutz der Einladung des Ausstiegsprogramms „Left“ des Landesamts für Verfassungsschutz NRW zur zweitägigen Arbeitstagung für Aussteigerprogramme im Phänomenbereich Linksextremismus.

Es zeigte sich, dass nur wenige der staatlichen Aussteigerprogramme dezidiert auf den Bereich Linksextremismus ausgerichtet sind und der Erfahrungsaustausch über phänomenspezifische Besonderheiten daher von großer Bedeutung für die Anwesenden war. Vereinzelt Aussteigerprogramme hatten bereits Kontakt zu vornehmlich Ausstiegswilligen mit PKK-Bezug.

Da das **konex** bereits seit 2020 in den Bereichen Linksextremismus und Auslandsbezogener Extremismus aktiv ist, referierten zwei Ausstiegsberater des **konex** über die Herausforderungen beim Ausbau der beiden Programme und über phänomenspezifische Besonderheiten bei der Klientenansprache. Bereichert wurde die Tagung durch einen Vortrag von Irina Jugl, wissenschaftliche Referentin im **konex**, über Befunde zum Ausstieg aus den jeweiligen Szenen.

Die Sitzung wurde von den Teilnehmenden als positives Austauschformat wahrgenommen, das verstetigt werden soll. Deshalb wird die Bund-Länder-Arbeitstagung auch 2022 fortgesetzt werden.





NETZWERK- UND INFORMATIONSTREFFEN IM HOSPITALHOF IM JAHR 2021

Trotz Pandemie sollte auch das Jahr 2021 wichtige gemeinsame Akteure einander näherbringen. Im Oktober und Anfang November konnte das **konex** zu zwei „Premieren“ im Hospitalhof Stuttgart einladen.

Am 12. Oktober wurden unterschiedliche Beratungsstellen, die sich in Baden-Württemberg mit dem Thema Extremismusprävention beschäftigen, in den Hospitalhof eingeladen. Die Geschäftsführung des **konex** freute sich über die positive Resonanz und betonte in diesem Zusammenhang, dass diese Veranstaltung als Auftakt gedacht ist und künftig zu

regelmäßigen Treffen in diesem speziellen Kreis eingeladen werden wird.

Am Vormittag konnten die Anwesenden von zwei sehr aufschlussreichen Vorträgen zum aktuellen Themenkomplex „Umgang mit Verschwörungsmythen“ profitieren. Dr. Michael Blume, Antisemitismusbeauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg, stellte in seinem Vortrag heraus, dass in Zeiten der Corona-Pandemie Menschen weltweit verunsichert seien. Diese Verunsicherung biete den perfekten Nährboden für Verschwörungsmythen, die sich über digitale Medien schnell verbreiten. Die enorme Bedeutung der digitalen Netzwerke hob Blume dabei besonders hervor. Am Ende vieler dieser Verschwörungserzählungen finde sich vielfach das jahrhundertealte Narrativ einer jüdischen Weltverschwörung. Herr Dr. Blume beschrieb anschaulich, weshalb Menschen aus der Mitte der Gesellschaft plötzlich Antworten in antisemitischen Erzählungen suchten.

Im Anschluss gab Frau Dr. Sarah Pohl, Leiterin von ZEBRA-BW, der Zentralen Beratungsstelle für Weltanschauungsfragen in Freiburg, den Teilnehmenden einen spannenden Einblick in ihre tägliche Arbeit und erläuterte sehr praxisnah Möglichkeiten zum Umgang mit Betroffenen. Anschaulich zeigte sie unter anderem anhand von kommunikationstheoretischen und sozialpsychologischen Studien auf, wie es gelingen kann, sich sinnvoll mit Menschen, die Verschwörungsmythen anhängen, auseinanderzusetzen. Außerdem bot sie Möglichkeiten an, wie Angehörige besser mit den belastenden Situationen umgehen können. Diese ganzheitliche Betrachtungsweise möglicher Interventionen stieß bei den Anwesenden auf großes Interesse. Die wichtigen Fragen wurden anschließend im Expertentalk umfassend beantwortet.

Der Nachmittag diente dem Austausch und besseren Kennenlernen der unterschiedlichen Beratungsstellen. In einzelnen Workshops konnten die Anwesenden unter Zuhilfenahme verschiedener Fragestellungen gemeinsam Ideen, Schritte und Anknüpfungspunkte für eine stärkere Zusammenarbeit erarbeiten. Besonders thematisiert wurden dabei Möglichkeiten einer digitalen Vernetzung sowie Erfahrungen mit Online-Beratung.

Am 11. November fand unter der Zielsetzung „Sensibilisierung und Vermittlung von wichtigen Handlungsschritten im Umgang mit Radikalisierungstendenzen bei Jugendlichen“ ein Informations- und Austauschtreffen für Schulsozialarbeitende und Schulleitungen an beruflichen Schulen statt. Im ersten Vortrag „Psychologie der Radikalisierung“ stellte Dr. Daniel Köhler, wissenschaftlicher Referent im **konex**, den aktuellen Forschungsstand zu Radikalisierungs- und Deradikalisierungsfaktoren vor. Er erläuterte anschaulich, warum und wie sich manche Menschen psychisch zu Akzeptanz von Gewalt und extremistischen Ideologien entwickeln können und welche Einflüsse hier eine Rolle spielen. Die Kenntnis über die verschiedenen Phasen solcher Radikalisierungsprozesse und deren Triebkräfte wurde hierbei mit den Möglichkeiten der Intervention in Verbindung gebracht.



Mathieu Coquelin, Leiter der Fachstelle Extremismus Distanzierung (FEX) im Demokratiezentrum Baden-Württemberg, ergänzte in seinem Vortrag diese theoretischen Ausführungen mit Praxismethoden zur Erkennung von Radikalisierungsprozessen und niederschweligen, praktischen Interventionsmöglichkeiten.

Zahlreiche offengebliebene Fragen und Diskussionsanregungen wurden in der Plenumsrunde an die beiden Referenten herangetragen.

Den Nachmittag konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzen, um je zwei Workshops zu unterschiedlichen Themenfeldern aus den Bereichen Rechtsextremismus, Islamismus und Auslandsbezogener Extremismus zu besuchen. Neben spannenden Inputs wurden in diesen kleineren Runden intensive Gespräche ermöglicht.

Mit diesen beiden Veranstaltungen ist es dem **konex** gelungen, erste thematische Anknüpfungspunkte mit den Beratungsstellen im Land zu identifizieren. Bei dem wichtigen Kooperationspartner Schule konnten zentrale Inhalte rund um das Thema „Radikalisierung“ gesetzt und für diese sensibilisiert werden.



DAS KONEX ZU GAST BEI DER BUNDES- WEHR

Im April 2021 besuchte das **konex** auf Einladung des Kommandeurs Generalmajor Bode-mann das Zentrum Innere Führung der Bundeswehr (ZInFü). Das ZInFü ist das zentrale Kompetenzzentrum der Bundeswehr für alle Fragen rund um die Führungskultur der deutschen Streitkräfte und die ethischen Grundlagen des Soldatenberufs. Im Vordergrund des Besuchs stand der Erfahrungs- und Meinungsaustausch rund um das Thema Extremismusprävention. Im Ergebnis vereinbarten beide Seiten, den Dialog fortzusetzen und sich auf den Fach-ebenen auszutauschen sowie durch die gegen-seitige Teilnahme an Informations- und Wei-terbildungsveranstaltungen zu unterstützen.

Die erste Möglichkeit bot sich im November 2021. Hier unterstützte ein Re-ferententeam des **konex** die am ZInFü eingerichtete „Zentrale Ausbildungs-einrichtung für die Rechtspflege der Bundeswehr“ bei der Durchführung des Pilotlehrgangs „Fortbildung Wehrrecht“ mit dem Schwerpunktthema „Ver-fassungstreue/Extremismus“. Der Lehrgang richtete sich an berufserfahrene Angehörige der Rechtspflege der Bundeswehr. Diese Juristinnen und Juristen beraten u. a. Kommandeurinnen und Kommandeure in wehrrechtlichen, aber auch völker- und verfassungsrechtlichen Fragestellungen, ermitteln als Wehrdisziplinar-anwältinnen und Wehrdisziplinaranwälte in gerichtlichen Disziplinarverfahren, sind als Richterinnen und Richter an den Truppendienstgerichten tätig oder erteilen Rechtsunterricht an den Schulen der Streitkräfte. Sowohl mit den Lehrgangs-teilnehmenden als auch den ebenfalls beteiligten Referentinnen und Referenten sowie den Verantwortlichen des ZInFü entwickelte sich auch hier ein für beide Seiten ertragreicher Dialog und Erfahrungsaustausch, den es zukünftig weiter zu vertiefen gilt.



PRÄVENTION

ACHTUNG?!?

Das konex bietet seit Juli 2018 gemeinsam mit mehreren Kooperationspartnern für Schulen des Landes das Projekt zur Extremismusprävention **ACHTUNG?! an**. Das modular aufgebaute, phänomenübergreifende Projekt setzt seine Schwerpunkte in den Bereichen Islamismus und Rechtsextremismus. Es richtet sich mit einem theaterpräventiven Kernmodul an Schülerinnen und Schüler der 9. Klassenstufe, deren Eltern und Lehrkräfte. Bis Ende 2021 nahmen über 7.300 Schülerinnen und Schüler an dem Projekt teil. ACHTUNG?! wird durch das konex landesweit koordiniert und evaluiert. Coronabedingt konnte das Projekt im Jahr 2021 erneut nur eingeschränkt angeboten und genutzt werden. Allerdings gelang es, 18 Veranstaltungstermine unter Teilnahme von 19 Schulen durchzuführen. Insgesamt konnten im Jahr 2021 trotz der einschränkenden Rahmenbedingungen über 1.400 Schülerinnen und Schüler am Projekt teilnehmen.



Aufführung des Theaterstücks ACHTUNG?! vom Theater Q-rage an der Schickhardt Gemeinschaftsschule, in Stuttgart am 7. Juli 2021

NÄHERE INFORMATIONEN ZU
ACHTUNG?!

UNTER DER INTERNETADRESSE:
[HTTPS://ACHTUNG.POLIZEI-BW.DE](https://achtung.polizei-bw.de)

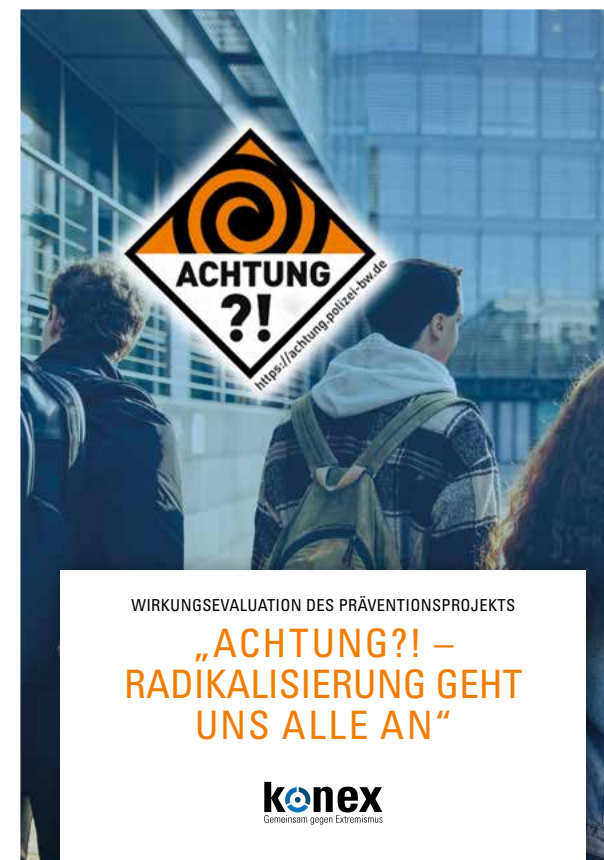


EVALUATION ACHTUNG?!

Das Projekt „ACHTUNG?!- Radikalisierung geht uns alle an“ wurde während der Projektphase 2018/2019 durch das **konex** wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Dabei zeigte sich, dass das Präventionsprojekt seine festgeschriebenen Ziele in Teilen erreichen konnte. Es konnten positive Effekte der Teilnahme am Projekt auf das Faktenwissen (Wissen über extremistische Symbole und Botschaften), Erklärungswissen (Wissen über extremistische Anwerbestrategien) sowie auf Einstellungen zur Gleichstellung von Menschen identifiziert werden.

Die Teilnahme am Projekt ACHTUNG?! hatte jedoch keinen Einfluss auf religiös fundamentalistische Einstellungen, Einstellungen zu einer rechtsautoritären Diktatur sowie der Gewaltakzeptanz. Die Anregungen, die sich aus der Evaluation ergeben, nutzen wir natürlich, um das Projekt noch besser an die Zielgruppe anzupassen.

Die Managementfassung des Evaluationsberichts ist unter www.konex-bw.de zu finden.



GEZ KKP „KNACKPUNKTE“

GEMEINSAME ZENTRALSTELLE KOMMUNALE KRIMINALPRÄVENTION BADEN-WÜRTTEMBERG (GEZ KKP):

Die GeZ KKP BW und ihre Geschäftsstelle im Innenministerium BW koordinieren und bündeln die Präventionsaktivitäten von staatlichen sowie nichtstaatlichen Institutionen und stärken die Vernetzung von Präventionsakteurinnen und -akteuren im Land. Zu den Aufgaben zählen neben der Identifizierung landesweiter Schwerpunkte für die Kommunale Kriminalprävention (KKP) auch der Informationsaustausch zwischen den eingebundenen ministeriellen Ressorts, den Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern auf Ebene der Regierungspräsidien und Kommunen sowie den Sicherheitsbehörden. Hierdurch wird die Etablierung eines landesweiten Netzwerks für KKP sichergestellt. Zudem initiiert, entwickelt, bewertet, begleitet und unterstützt die GeZ KKP BW neue Präventionsprojekte mit dem Ziel des kontinuierlichen Ausbaus und der Verstärkung kriminalpräventiver Arbeit auf allen Ebenen im Land.

Weitere Informationen zu den Schwerpunkten sowie internen und externen Veröffentlichungen und Terminen finden sich auf der Webseite der GeZ KKP BW unter www.kkp-bw.de.

Dr. Daniel Köhler



Tobias Ehrt



Im Jahr 2021 erstellte die Gemeinsame Zentralstelle Kommunale Kriminalprävention gemeinsam mit dem Referat Prävention beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg und dem **konex** die Videoreihe „KnackPunkte“. In insgesamt vier Folgen erhielten die Zuschauer in jeweils rund 90 Minuten interessante Einblicke sowie Wissenswertes zur Kommunalen Kriminalprävention (KKP) in Baden-Württemberg und nahegelegenen Themenfeldern wie der Extremismusprävention. Pro Folge teilten zwei Referentinnen oder Referenten ihr Fachwissen in dieser Runde. Zuschauer konnten interaktiv per Chat- und/oder Video-Funktion an der Live-Konferenz teilhaben und entsprechende Fragen stellen. Die Reihe richtete sich an alle Personen mit Interesse an KKP und der Extremismusprävention sowie den Hintergründen, insbesondere an kommunale Akteurinnen und Akteure aus dem zivilgesellschaftlichen sowie dem behördlichen Bereich.

Alle Folgen sind auf der Webseite der GeZ KKP BW unter www.kkp-bw.de/knackpunkte kostenlos abrufbar. Bei dem gemeinsam finanzierten Projekt stellte u.a. Tobias Ehrt in der zweiten Folge das Landesbildungszentrum Deradikalisierung (LBZ Derad) vor und Dr. Daniel Köhler berichtete in der dritten Folge über das **konex** an sich.

KOOPERATION

STRATEGIE- PATENSCHAFT FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ

Mit dem Projekt „Strategiepatenschaft für Demokratie und Toleranz“ beteiligt sich das **konex** an der Strategie der baden-württembergischen Polizei, die Weiterentwicklung des freiheitlich-demokratischen Selbstverständnisses zu fördern. Die Idee der Strategiepatenschaften wurde von der Polizei Niedersachsen im Sinne einer Good Practice übernommen und leicht modifiziert. Das Projekt stieß auf großes Interesse, sodass statt der zunächst geplanten zwei Polizeipräsidien insgesamt fünf Polizeipräsidien an der Pilotphase des Projektes teilnehmen.

WORUM GEHT ES?

Interessierte Polizistinnen und Polizisten sollen dazu befähigt werden, eigenständig Projekte zur Demokratieförderung und Extremismusprävention, wie z. B. Vorträge, Exkursionen oder Fachtage, in ihren jeweiligen regionalen Polizeipräsidien anzustoßen. Die Grundidee der Strategiepatenschaft ist: Veranstaltungen von Kolleginnen und Kollegen für Kolleginnen und Kollegen – und zwar von der ersten Idee bis zur konkreten Umsetzung.

WER MACHT MIT?

In einem ersten Pilotprojekt durchlaufen insgesamt 30 Strategiepatinnen und -paten aus fünf Polizeipräsidien (PP Heilbronn, PP Karlsruhe, PP Ludwigsburg, PP Mannheim, PP Stuttgart) insgesamt vier je zweitägige Qualifikationsworkshops.

WER SIND DIE KOOPERATIONSPARTNER?

Die Qualifikationsworkshops werden mit bewährten Kooperationspartnern des **konex** durchgeführt. Beteiligt sind die Landeszentrale für Politische Bildung, das Demokratiezentrum BW und das Haus der Geschichte/Lernort Hotel Silber.

WIE GEHT ES WEITER?

Die konkreten Projekte der Patinnen und Paten vor Ort werden von **konex** mit einem festen Budget pro Präsidium unterstützt. Die ersten drei Qualifikationsworkshops konnten im zweiten Halbjahr 2021 in Präsenz stattfinden, der vierte Workshop läuft pandemiebedingt erst im Frühjahr 2022 und bildet gleichzeitig den Startschuss für die Umsetzungsphase der eigenen Projekte. Das große Engagement und der Ideenreichtum der Strategiepatinnen und -paten ist bereits in der Workshop-Phase spürbar: die Angebote der Kooperationspartnerinnen und -partner sind auf starkes Interesse gestoßen und es zeichnen sich bereits konkrete Ideen und Projekte in den Dienststellen für das kommende Jahr ab.

30 Strategiepatinnen und -paten aus
fünf Polizeipräsidien nehmen am Projekt teil

Der erste Workshop fand im Gemeindesaal der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs Stuttgart statt – inklusive spontanem Besuch der beiden Polizeirabbiner



UND DANN?

Für die Projekte der Patinnen und Paten wird von **konex** ein Online-Feedbackbogen bereitgestellt, der an die teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen verschickt werden kann. So soll am Ende des Pilotprojektes unter anderem eine Übersicht entstehen, welche Veranstaltungen/Maßnahmen sich gut bewährt haben. Das gesamte Pilotprojekt wird dann noch einmal begutachtet und die Patinnen und Paten zu ihren Erfahrungen befragt. Und möglicherweise gibt es perspektivisch bald noch weitere Strategiepatinnen und -paten bei der Polizei in Baden-Württemberg.

LANDES- BILDUNGSZENTRUM DERADIKALISIERUNG

Das Landesbildungszentrum Deradikalisierung (LBZ Derad) entwickelt unter dem Dach des **konex** zielgruppenorientierte ein- bis mehrtägige Aus- und Fortbildungen für Fachkräfte. Die Schulungen im Bereich der Extremismus- und Radikalisierungsprävention sind nach dem Prinzip des LBZ Derad „Erkennen. Deuten. Handeln.“ aufgebaut. Neben der Vermittlung von zielgruppenrelevanten aktuellen Inhalten zu Radikalisierungs- und Extremismusphänomenen legt das LBZ großen Wert auf die Förderung des Austauschs der Teilnehmenden untereinander und mit den Referierenden sowie auf die Vernetzung mit den externen und internen Kooperationspartnern.

So wird die Entwicklung der Angebote und Fortbildungskonzepte weiter vorangetrieben:



**Die Fortbildungs-
aktivitäten des
LBZ hatten im Jahr
2021 diese Schwer-
punkte bei der
Weiterbildung
von Fachkräften:**

POLIZEI:

Im Januar wurden Beamtinnen und Beamte, die mit der Durchführung von Auswahlgesprächen mit Polizeianwärterinnen und -anwärtern betraut sind, erstmalig online fortgebildet. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Fortbildung, Fachbereich Kriminalitätsbekämpfung, hat das LBZ Derad erneut in insgesamt drei je dreitägigen Modulen Jugendsachbearbeiterinnen und Jugendsachbearbeiter der Schutz- und Kriminalpolizei bei den Polizeipräsidien gemeinsam mit dem LKA und der Fachstelle Extremismuskommunikation (FEX) des Demokratiezentrum fortgebildet. Pandemiebedingt wurden zwei der Module komplett online durchgeführt. Für die polizeilichen Ansprechpartnerinnen und -partner der Israelitischen Religionsgemeinschaften in Baden-Württemberg wurde in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung eine eintägige Schulung angeboten, in deren Rahmen die beiden Polizeirabbiner Moshe Flomenmann und Shneur Trebnik den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für einen Austausch zur Verfügung standen.

JUSTIZ:

In Kooperation mit der Zentralstelle für die Bekämpfung der Staatsschutzkriminalität, die bei der Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart angesiedelt ist, fand im September eine Tagung für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte der Staatsschutzstaatsanwaltschaften statt. Inhaltlich wurden sowohl die Ausstiegsberatung vorgestellt als auch aktuelle Entwicklungen politisch

motivierter Kriminalität im Bereich Links- und Rechtsextremismus sowie im Bereich Antisemitismus dargestellt. Die Kooperation mit der Zentralstelle für die Bekämpfung der Staatsschutzkriminalität wird verstetigt und ausgebaut: für 2022 ist eine dreitägige Fortbildung mit dem Titel „Grundlagen Radikalisierung und Extremismus – Erkennen und Verfolgen von politisch und religiös motivierten Straftaten“ für regionale Staatsanwaltschaften geplant.

Die Spezialistinnen und Spezialisten für den Bereich Extremismus bei der Bewährungs- und Gerichtshilfe erhielten in 2021 eine Follow-Up-Fortbildung, welche als hybrides Format – zwei Präsenztage und ein Tag online – umgesetzt wurden. Auch für Mitarbeitende aus Justizvollzugsanstalten konnte eine Fortbildung in Kooperation mit dem Bildungszentrum Justizvollzug angeboten werden.

VERWALTUNG:

Die Veranstaltungsreihe „Anfeindung und Drohung statt politischer Diskurs – Handlungsoptionen für kommunale Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger in übergreifenden Situationen“ in Zusammenarbeit mit der Verwaltungsschule des Gemeindetags Baden-Württemberg wurde in 2021 mit einer Veranstaltung für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Ihringen am Kaiserstuhl weitergeführt.





ZEICHEN GEGEN ANTISEMITISMUS

AMTSEINFÜHRUNG DER POLIZEI- RABBINER IN BADEN- WÜRTTEMBERG

Die bundesweit ersten Polizeirabbiner Moshe Flomenmann, Landesrabbiner der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden, und Shneur Trebnik, Rabbiner der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs, wurden am 23. August 2021 im Rahmen einer feierlichen Zeremonie vom Stellvertretenden Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl offiziell in ihr neues Amt eingeführt. Bereits seit Jahresbeginn wirken die Polizeirabbiner bei der polizeilichen Ausbildung mit und vermitteln angehenden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten das notwendige Wissen über die Vielfalt des heutigen jüdischen Lebens in Deutschland als fester Bestandteil der deutschen Gesellschaft.

Bei der Amtseinführung erhielten die Polizeirabbiner vor zahlreichen Gästen sowie einer Ausbildungsklasse aus Herrenberg im Matthias-Erzberger-Saal des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg von Innenminister Strobl eine Polizeischirmmütze, als Zeichen der Verbundenheit und Wertschätzung, überreicht. Zusätzlich wurde die Veranstaltung per Live-Stream auf dem YouTube-Kanal der Polizei Baden-Württemberg ausgestrahlt.

INNENMINISTER THOMAS STROBL BEKUNDETE IN DIESEM ZUSAMMENHANG:

„Es ist mir eine große Freude, Sie als bundesweit erste Polizeirabbiner bei der Polizei in Baden-Württemberg herzlich willkommen zu heißen. Sie übernehmen ein besonderes, ein verantwortungsvolles Amt. Ich kann Ihnen versichern, die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des Landes Baden-Württemberg freuen sich bereits auf Sie.“

Im Gegenzug bedankten sich die Polizeirabbiner, auch im Namen der Israelitischen Religionsgemeinschaften Baden und Württembergs, mit der Übergabe eines jüdischen Kalenders bei Innenminister Strobl für die durchgehend gute Zusammenarbeit.

„Jom Kippur“ (jüdischer Feiertag), „Rosch Haschana“ (jüdisches Neujahr) und der Monat „Elul“ (letzter Monat im jüdischen Kalender) sind nur einige wenige Begriffe aus dem jüdischen Kalender und aus dem Alltag jüdischer Menschen, die im Rahmen der Wissensvermittlung über das Judentum den angehenden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten von den Polizeirabbinern nähergebracht werden. Denn im Judentum gibt es viele Riten und Gebräuche. So dürfen beispielsweise jüdische Männer eine Synagoge nur mit einer „Kippa“ (Kopfbedeckung männlicher Juden) betreten, am Sabbat (Ruhetag) darf nicht gearbeitet und je nach Auslegung der Religion keinerlei

elektrisches Licht entzündet werden. Auch beim Gebet folgt alles festen, oftmals 4.000 Jahre alten, religiösen Ritualen. Die Polizeirabbiner leisten mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag für den von Offenheit und Toleranz geprägten Umgang mit allen Menschen sowie für die Wertekultur der Polizei Baden-Württemberg.

Der Amtseinführung, die musikalisch vom Landespolizei-Orchester Baden-Württemberg begleitet wurde, schloss sich ein Podiumsgespräch mit Innenminister Strobl, dem stellvertretenden Landespolizeipräsidenten Dietrich Moser von Filseck, den beiden Polizeirabbinern, Landespolizeidekan Bernhard Metz sowie Polizeimeisteranwärterin Aileen Mavi an. Im Blickpunkt stand hier das Thema „Jüdisches Leben und Werte in der polizeilichen Ausbildung“.

Detlef David Kauschke (links) und Moshe Flomenmann (rechts)



Dietrich Moser von Filseck, Shneur Trebnik, Aileen Mavi, Innenminister Thomas Strobl, Detlef David Kauschke, Moshe Flomenmann, Bernhard Metz (von links nach rechts).

POLIZEIRABBINER MOSHE FLOMENMANN:

„Es bereitet mir große Freude, den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Ausbildung die jüdische Geschichte, das Gefühl des Judentums sowie den Alltag jüdischer Menschen durch den persönlichen Kontakt näherzubringen. Nur über einen gemeinsamen Dialog können wir das Verständnis für einander und das Vertrauen füreinander weiter stärken.“



Shneur Trebnik (links) und Aileen Mavi (rechts)



POLIZEIMEISTERANWÄRTERIN AILEEN MAVI:

„Die Wissensvermittlung über das Judentum ist eine große Bereicherung für alle Auszubildenden, da wir in unserem Polizeiberuf mit allen Menschen, und somit auch mit allen Religionen, in Kontakt treten. Die Gespräche und der bisherige Austausch mit den Polizeirabbinern waren sehr interessant.“



Michael Hery
vom **konex**
führte durch
die Amts-
einführung



Prof. Barbara
Traub, Vorstands-
sprecherin der
Israelitischen
Religions-
gemeinschaft
Württembergs bei
ihrem Grußwort



Ausstellung
„Welt-
religionen –
Weltfrieden –
Weltethos“

Die Amtseinführung der Polizeirabbiner wurde durch die Ausstellung „Weltreligionen – Weltfrieden – Weltethos“ der Stiftung Weltethos, die im Foyer des Innenministeriums Baden-Württemberg besichtigt werden konnte, abgerundet. Die Ausstellung stellt Religionen in ihrer Verschiedenheit dar, verdeutlicht aber auch deren Gemeinsamkeiten im Hinblick auf ethische Fragestellungen und soll so interkulturelles und interreligiöses Verständnis schaffen.

Die Benennung und die Arbeit der Polizeirabbiner in Baden-Württemberg ist vorerst auf zwei Jahre ausgelegt. Auf Grund der bisherigen positiven Erfahrungen sprachen sich allerdings schon jetzt Innenminister Strobl sowie die Polizeirabbiner während des Podiumsgesprächs für eine Verlängerung der Vereinbarung mit den Israelitischen Religionsgemeinschaften Baden und Württembergs aus.



Rami Suliman,
Vorsitzender der
Israelitischen
Religionsgemein-
schaft Baden



Unter den Gästen
waren auch
Beamtinnen
und Beamte
in Ausbildung

**DIE VERANSTALTUNG WURDE LIVE GESTREAMT.
DIE AUFZEICHNUNG IST HIER ZU SEHEN:**

[HTTPS://WWW.KONEX-BW.DE/
2020/12/14/GEMEINSAMER-FACHTAG-
ANTISEMITISMUS-2-0-HASS-HETZE-
HANDELN/](https://www.konex-bw.de/2020/12/14/GEMEINSAMER-FACHTAG-ANTISEMITISMUS-2-0-HASS-HETZE-HANDELN/)



FÖRDERUNG VON SICHERHEITS-MASSNAHMEN AN JÜDISCHEN/ISRAELITISCHEN EINRICHTUNGEN

Die Landesregierung geht ressortübergreifend konsequent mit einer Vielzahl von Maßnahmen gegen Antisemitismus vor. Dabei ist es wichtig, nicht nur die objektive Sicherheitslage im Blick zu haben, sondern auch dafür Sorge zu tragen, dass sich Jüdinnen und Juden sicher fühlen.

Als weiteren Baustein hat der Ministerrat am 15. Oktober 2019 auf Vorschlag des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenministers Thomas Strobl beschlossen, den Israelitischen Religionsgemeinschaften in Baden und Württemberg als Sofortmaßnahme einen Betrag von insgesamt 1,0 Mio. Euro für die Förderung von Sicherheitsmaßnahmen an jüdisch/israelitischen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Im parlamentarischen Verfahren zur Aufstellung des Doppelhaushalts 2020/2021 ist es darüber hinaus gelungen, weitere 1,0 Mio. Euro pro Jahr für die Haushaltsjahre 2020/2021 für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Das **konex** koordiniert die Verteilung der von der Landesregierung bereitgestellten Mittel.

KLAUS ZIWEY:

„Auch im Jahr 2021 haben wir im guten Einvernehmen mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden und der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs die sicherheitsbaulichen Maßnahmen priorisiert und die Mittel aus dem Doppelhaushalt für das Jahr 2021 in Höhe von einer Million Euro bewilligt. Dass Jüdinnen und Juden objektiv sicher sind und sich bei uns sicher fühlen können, ist für mich persönlich ein Herzensanliegen.

Die Umsetzung der Maßnahmen ist bereits in vollem Gange. Mit den Mitteln aus den Jahren 2019 bis 2021 haben wir bereits insgesamt Maßnahmen im Wert von rund 3 Mio. Euro bewilligt. Auch die jüdisch/israelitischen Einrichtungen, die nicht unter dem Dach der Israelitischen Religionsgemeinschaften im Land stehen, haben wir nicht vergessen. Wir haben ihnen ebenso ein Angebot zur finanziellen Unterstützung bei der Absicherung ihrer Einrichtungen gemacht.“

JÜDISCHE GRUND-SCHULE ZU BESUCH BEI DER WASSER-SCHUTZ-POLIZEI-STATION STUTTGART



Innenminister Thomas Strobl übergibt der Jüdischen Grundschule Stuttgart einen Gutschein für eine Fahrt auf einem Polizeiboot

Vor zwei Jahren, am 23. September 2019, veranstalteten das **konex** und die Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs (IRGW) den Fachtag „ANTISEMITISMUS – Jüdisches Leben in Deutschland zwischen Sicherheit und Unsicherheit“ und setzten so gemeinsam mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenminister Thomas Strobl ein weiteres Zeichen gegen Antisemitismus sowie jede Form von Extremismus. Am Nachmittag konnten sich die rund 200 Teilnehmenden insbesondere aus Politik und Polizei unter anderem durch die Jüdische Grundschule Stuttgart führen lassen. Zum Dank überreichte Innenminister Strobl der IRGW einen Gutschein für einen Besuch der Schülerinnen und Schüler bei der Wasserschutzpolizei.



Wie schwer ist ein Taucheranzug?
Spannende Einblicke in die Welt der
Polizeitaucher (Bild links)

Schutzwesten angelegt und
bereit an Bord zu gehen (Bild oben)

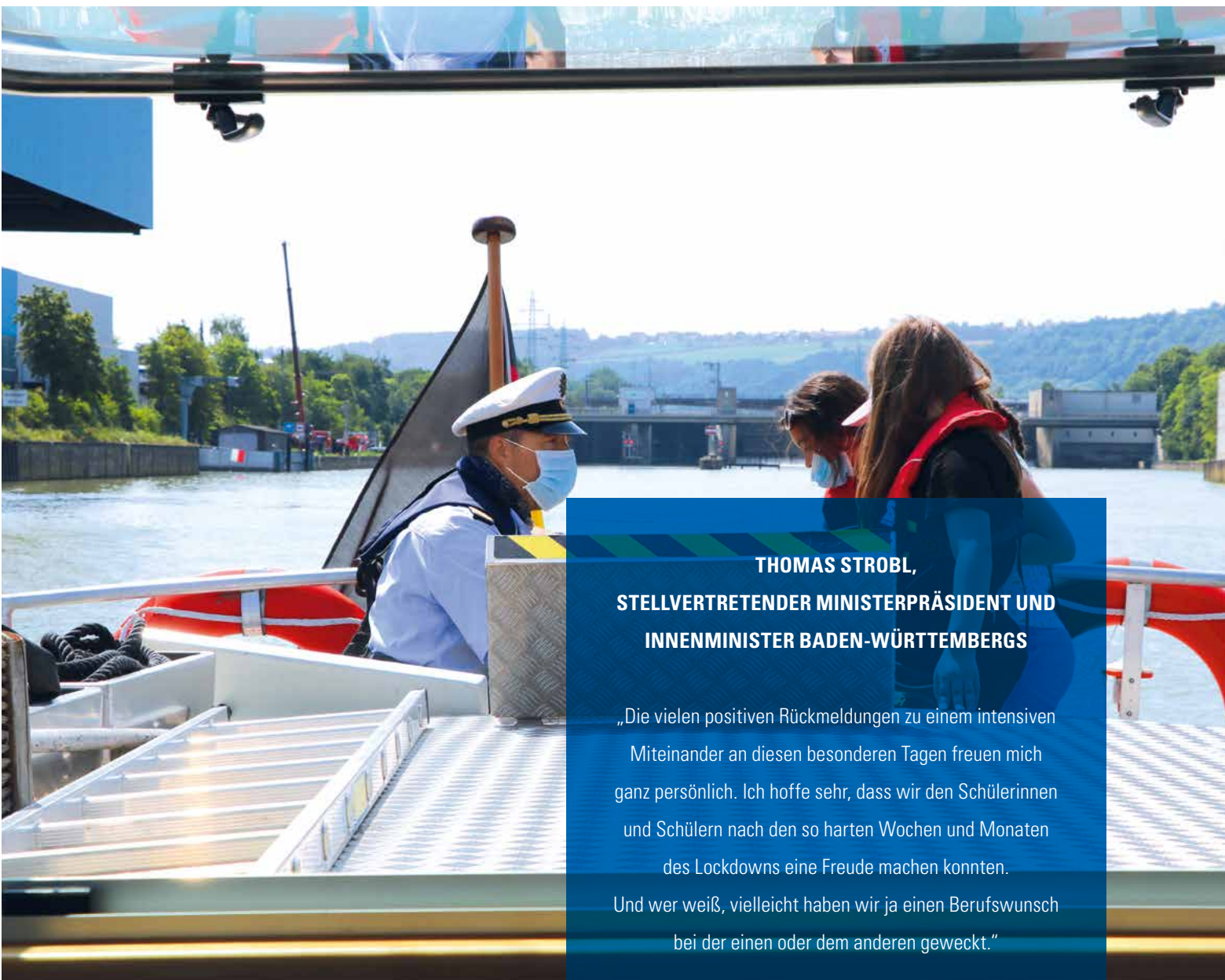
Spritztour über den Neckar: Grundschülerin
am Steuer eines Polizeibootes (Bild rechts)



DR. AGNIESZKA ENGELMANN,
SCHULLEITERIN DER JÜDISCHEN GRUNDSCHULE
STUTTGART

„Die Kinder aller Klassen waren absolut begeistert. Für viele von ihnen war dies pandemiebedingt ein erstes gemeinsames schulisches Erlebnis und dazu noch so unglaublich spannend, interessant und vielseitig. Ein mehr als eindruckliches Erlebnis, das nicht nur die Kinderaugen zum Strahlen gebracht hat. Unser Abenteuer am Neckar werden wir nicht vergessen.“

Wie sieht es im Inneren eines Polizeibootes aus?
Tiefe Einblicke in die Arbeit der Wasserschutzpolizei



THOMAS STROBL,
STELLVERTRETENDER MINISTERPRÄSIDENT UND
INNENMINISTER BADEN-WÜRTTEMBERGS

„Die vielen positiven Rückmeldungen zu einem intensiven
Miteinander an diesen besonderen Tagen freuen mich
ganz persönlich. Ich hoffe sehr, dass wir den Schülerinnen
und Schülern nach den so harten Wochen und Monaten
des Lockdowns eine Freude machen konnten.
Und wer weiß, vielleicht haben wir ja einen Berufswunsch
bei der einen oder dem anderen geweckt.“

Leider musste der für das Frühjahr 2020 vorgesehene Besuch der Grundschülerinnen und Grundschüler pandemiebedingt zunächst verschoben werden, konnte aber schließlich an vier Terminen im Juli 2021 endlich stattfinden.

Das Warten hat sich gelohnt. Mit großem Engagement bereiteten die Kolleginnen und Kollegen der Wasserschutzpolizeistation Stuttgart des Polizeipräsidiiums Einsatz den Schülerinnen und Schülern aus den Klassenstufen eins bis vier bei zumeist bestem Wetter ein kurzweiliges und sehr eindruckliches Programm. Dieses bestand aus altersgerechten Vorträgen, Vorführungen und natürlich einer Bootsfahrt auf dem Neckar, bei der die Kinder auch einmal hinter dem Steuer sitzen durften.

SO ODER SO ÄHNLICH – EIN FIKTIVER FALL IN DER AUSSTIEGS- BERATUNG

Der beschriebene Sachverhalt ist fiktiv und stellt einen typischen Verlauf der Ausstiegsberatung von Personen aus der rechtsextremistischen Szene dar.

DER ERSTE KONTAKT

Über die Telefonhotline geht ein Anruf des Sozialen Dienstes einer Justizvollzugsanstalt ein. Eine dort beschäftigte Sozialpädagogin erzählt uns von einem jungen Mann aus der rechtsextremistischen Szene, der dort in Untersuchungshaft sitzt. Wir möchten ihn einfach mal „Martin K.“ nennen. Er möchte ein erstes Gespräch mit der Ausstiegsberatung führen. Selbstverständlich nehmen wir diese Gelegenheit wahr und besuchen ihn in unserem bewährten Zweierteam im Gefängnis für ein unverbindliches Erstgespräch, um uns vorzustellen.

Um das laufende Verfahren und die Ermittlungen gegen den potentiellen Klienten nicht zu stören, haben wir vorab die zuständige Staatsanwaltschaft über den geplanten Kontakt informiert. Diese begrüßt eine Beratung durch das **konex**. Die Aufarbeitung der zur Last gelegten Straftat hat für uns erst einmal keine Priorität. Darum kümmern wir uns nach dem Abschluss des Verfahrens. Beim Erstgespräch geht es in erster Linie

darum, den Ausstiegswilligen kennenzulernen, seine zugrundeliegende Motivation für den Ausstieg in Erfahrung zu bringen und, last but not least, Vertrauen aufzubauen.

Im Verlauf des Gesprächs lernen wir einen jungen Mann kennen, der unserer Arbeit eher skeptisch gegenübersteht. Er begründet seine Haltung mit der Aussage, man habe ihm früher in der „Szene“ immer gesagt, dass man mit Ausstiegsprogrammen auf keinen Fall sprechen dürfe, da Informationen an den Verfassungsschutz weitergegeben werden würden. Wir versuchen ihm diese Bedenken durch eine transparente und ausführliche Schilderung, wie wir arbeiten, welche Infos wir weitergeben müssen und welche nicht, zu nehmen. Daraufhin erzählt uns Martin K. seinen Weg in die rechtsextremistische Szene, vom Einstieg bis hin zur Eskalation, die schlussendlich zur Inhaftierung führte.

Was ein Ausstieg wirklich bedeutet, scheint er zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu realisieren. Für ihn ist aber klar, dass er sein bisheriges Leben so nicht mehr weiterführen möchte – aus Angst, sich seine Zukunft zu verbauen.

Auf Martin K. kommen einige sehr anstrengende Verhandlungstage zu.

Für alle Beteiligten ist klar, dass der Ausstiegsprozess erst nach der Untersuchungshaft richtig beginnen kann. Uns ist es dennoch wichtig, den Klienten engmaschig zu besuchen, um an der für das Beratungsverhältnis zentralen Vertrauensbeziehung zu arbeiten.

DIE ERSTEN SCHRITTE AUSSERHALB DER SZENE

Martin K. wird zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Er hat es geschafft, das Gericht von seinem Potenzial hin zu einer positiven Entwicklung zu überzeugen. Für eine gelingende Beratung ist zu diesem Zeitpunkt vor allem relevant, ob seine Ausstiegsmotivation ausreicht, um mit den zu erwartenden Schwierigkeiten und Rückschlägen konstruktiv umzugehen. Gerade die ersten gemeinsamen Schritte sind für unseren Aussteigenden besonders herausfordernd. Er muss bestehende Kontakte in der Szene abbrechen ohne dabei zu viel Aufmerksamkeit zu erregen. Ein Prozess, der sich vom Herunterfahren der Aktivitäten in den sozialen Netzwerken bis hin zur Erarbeitung von Strategien zur Kontaktvermeidung mit Szeneangehörigen erstreckt. Die Unterstützung der Ausstiegsberatung erweist sich hier als äußerst hilfreich. Nachdem wir ihn bei anderen praktischen Dingen, wie bspw. dem Umzug in eine andere Stadt, wirksam unter-

stützen konnten, beginnen wir langsam mit der ideologischen Auseinandersetzung über seine Vergangenheit. Wir sind mittlerweile ein wichtiger Ankerpunkt für ihn und er vertraut uns – das ist fundamental für diese Phase des Ausstiegsprozesses.

Das Leben außerhalb der Szene wirkt sich auf Martin K. befreiend aus. Er beschreibt ein enormes Hochgefühl, welches ihn seit seinem Ausstieg beflügelt. Bei der Vermeidung von Kontakten mit ehemaligen Weggefährten ist er kreativ, ohne viel von sich preis zu geben. Für ihn steht aber fest, dass er dieses „doppelte Spiel“ dauerhaft nicht aushält. Er möchte anderen Interessierten bei ihrem Ausstieg helfen. Deshalb will Martin K. seinen Ausstieg öffentlich machen. Davon raten wir eher ab. Unser Ziel ist, dass die Menschen mit der Szene abschließen und nicht immer wieder damit konfrontiert werden.

SICHERHEIT IM AUSSTIEG

Der öffentlich verkündete Bruch mit ehemaligen Kameraden kann ein erhebliches Risiko für die eigene Sicherheit darstellen. Drohungen oder eventuelle Vergeltungsaktionen von Szeneangehörigen sind nicht auszuschließen. Andererseits würde der öffentliche Ausstieg Fakten schaffen, die einen Rückweg in die Szene er-

heblich erschweren. Ein Spannungsfeld, wie es im Beratungsprozess immer wieder auftauchen kann. In solchen Fällen hat das Beratungsteam die Möglichkeit, sich in Austauschformaten, wie z.B. der regelmäßig durchgeführten „Intervision“, Rat zum geeigneten Vorgehen im multidisziplinären Beraterkreis des **konex** einzuholen.

RÜCKFÄLLE VERMEIDEN

Auch in der Retrospektive erscheint unserem Klienten nicht alles schlecht an seiner Zeit in der rechtsextremistischen Szene. Das Funkeln in den Augen, wenn er über den starken Zusammenhalt in der Kameradschaft, über Lob durch angesehene Kaderpersonen oder über diverse Rechtsrockfestivals spricht, entgeht dem Beratungsteam nicht. Ein Zurück in die alte Struktur mag für unseren Aussteiger momentan keine Option sein, dennoch scheint die Szene noch immer eine starke Anziehungskraft auf ihn auszuüben. Zu intensiv war diese Zeit, die er als einen permanenten Ausnahmezustand beschreibt. Klar ist, dass ein Ausstieg immer auch Leerstellen erzeugt, die nicht ohne Weiteres zu füllen sind.

Nach und nach scheint die anfängliche Euphorie jedoch nachzulassen. Auch bei Martin K. machen sich erste Zweifel an seiner Entscheidung bemerkbar. Er versucht vergeblich, Anschluss in der

Gesellschaft zu finden, die ihn nach wie vor als Nazi abstempelt. Die örtliche Antifa-Gruppierung hat online dafür gesorgt, dass sein Name und entsprechende Bilder für jeden recherchierbar sind und bleiben. Auch in beruflicher Hinsicht muss er einige Hürden nehmen, hat er doch jahrelang sein Engagement bei den Kameraden über berufliche Ziele gestellt. Er spricht zunehmend von Leere und Langeweile, die seinen Alltag bestimmen. Ein Vorgang, der weder außergewöhnlich noch grundsätzlich schädlich ist. Rückschläge und Zweifel sind Teil des Ausstiegsprozesses und müssen aktiv bearbeitet werden, um Erreichtes nicht in Gefahr zu bringen.

GARANTIE GIBT ES NICHT!

Aber auch Scheitern und Rückfälle sind Teil des Beratungsprozesses. Martin K. entfernt sich immer mehr von seinen Zielen. Die Aktivitäten auf seinen Social-Media-Profilen nehmen zu. Er äußert sich dort mehrfach abwertend gegenüber ausländischen Menschen und sucht verstärkt den Kontakt zu ehemaligen Kameraden. Die Lage eskaliert, als er stark alkoholisiert mit einem ehemaligen Weggefährten aus der Szene von der Polizei aufgegriffen wird. Laut Passanten sollen die beiden rechtsextreme Parolen gebrüllt haben.

Damit gefährdet er nicht nur seine Bewährung, sondern stellt auch die getroffenen Absprachen und die Zusammenarbeit mit uns in Frage. Das ist eine Belastungsprobe für unser Vertrauensverhältnis.

DER WEG ZURÜCK IST MÖGLICH – ABER STEINIG.

Es sind mehrere Gespräche zwischen Martin K. und seinem Beraterteam notwendig, um die Entscheidung über eine Fortführung der Beratung zu treffen. Beide Seiten müssen von der Sinnhaftigkeit des gemeinsamen Wegs überzeugt sein. Dem Beraterteam ist es wichtig, Grenzen zu setzen und gleichzeitig zu klären, ob es bei Martin K. überhaupt noch Ansatzpunkte für eine weitere Zusammenarbeit gibt.

Neben dem erneuten Vertrauensaufbau steht nun die Aufarbeitung des Geschehenen im Fokus. Was wollte er mit dieser Aktion erreichen und warum? Wäre es ihm möglich gewesen, sich dem Vorfall zu entziehen? Wie steht er heute dazu? Die Erkenntnisse sind wichtig, um Resilienz gegenüber diesen Auslösern zu entwickeln. Die Beratung wird erst einmal fortgesetzt.



WAS IST TYPISCH AN DIESEM FALL?

Martin K. existiert nicht wirklich. Der beschriebene Fall hat so nie stattgefunden – aber er enthält Elemente aus unterschiedlichen realen Fällen. Sie verdeutlichen, dass ein Ausstiegsprozess nicht linear erfolgt. In einem „typischen“ Beratungsverlauf reihen sich Erfolgserlebnisse und Tiefschläge aneinander. Beratung ist Beziehungsarbeit und wie in allen Beziehungen gibt es auch hier Schwankungen zwischen dem Beratungsnehmenden und dem Beratungsteam.

Vor allem aber ist der Ausstieg aus einer extremistischen Szene immer eine Geschichte von Brüchen. Brüche mit einem alten Leben, alten Freunden, Bekannten, einem Lebensgefühl, Einstellungen und Werten, über die sich die entsprechende Person lange und stark definiert hat.

Von Beratenden wie auch von den Beratungsnehmenden kann nicht erwartet werden, dass der Spagat zwischen diesen Herausforderungen immer erfolgreich gemeistert wird. Vielmehr muss es darum gehen, Erfolgserlebnisse und Rückschläge im Einzelfall zu bewerten. Nur in der Summe lässt sich feststellen, ob eine Beratung weitergeführt, beendet oder erfolgreich abgeschlossen werden kann.

INTERVENTION WORKSHOP MIT DEM HAUS DES JUGEND- RECHTS IN MANNHEIM

In Kooperation mit der Fachstelle ExtremismUSDistanzierung (FEX) veranstaltete das konex im Frühjahr 2021 einen zweitägigen Demokratie-Workshop in Mannheim. Der Teilnehmerkreis bestand aus straffälligen Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Alle Teilnehmenden zeichneten sich durch abwertende Einstellungen gegenüber bestimmten Gruppen aus (im Sinne der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit); einige Teilnehmer hatten bereits Bezug zum politischen Extremismus.

WAS HEISST FÜR DICH MEINUNGSFREIHEIT UND WO HÖRT SIE AUF?

„ICH SAG WAS
ICH WILL EGAL.“

„Meinungs-
freiheit hört auf
bei Holocaust-
leugnung und
Hakenkreuzen.“

„Meinungsfreiheit
hat für mich keine
Grenzen“

„WORTWAHL“

„ICH SAGE MEINE
MEINUNG NORMAL
IN NORMALEM
TON OHNE DABEI
ZU MOBBEN.“

„Meinungsfreiheit
hört auf, wenn's
persönlich wird“

Workshopergebnisse

Im Workshop wurde anhand verschiedener Methoden und Übungen das Grundverständnis der jungen Menschen für Demokratie und Pluralismus ausgebaut. Ein Fokus lag hierbei auf dem Thema Meinungsfreiheit und deren Grenzen mit besonderem Blick aus der Betroffenenperspektive. Am zweiten Tag setzten sich die Teilnehmenden mit ihren eigenen Diskriminierungserfahrungen auseinander und konnten anhand einer fiktiven Biografie an die Problematiken und Motive für eine Radikalisierung herangeführt werden. Durch diese erlebnisorientierte Herangehensweise wurde der Austausch

in der Gruppe, die eigene Partizipation und die Fähigkeit zur kritischen Selbstreflexion gefördert. Abgeschlossen wurde der Workshop mit Einzelgesprächen, bei denen individuelle Hilfsangebote und im Einzelfall das Beratungsangebot des konex unterbreitet wurde.

Der Workshop wurde im Rahmen eines Pilotprojekts mit dem Haus des Jugendrechts in Mannheim konzipiert und soll zukünftig weiteren Häusern des Jugendrechts in Baden-Württemberg zur jährlichen Durchführung angeboten werden.

KONEX UNTERWEGS

TWINNING- PROJEKT JORDANIEN



Das Gebäude
der „Special Branch“
in Jordanien

Gewalttätiger Extremismus ist nach wie vor eine weltweite Bedrohung für Frieden, Sicherheit und Stabilität. Aufgrund seiner geopolitischen Lage ist Jordanien ein wichtiger Partner zur Bekämpfung des extremistischen Terrorismus. Das EU-finanzierte Twinning-Instrument stellt eine ideale Möglichkeit dar, eine gemeinsame Verwaltungspartnerschaft zwischen dem Jordanischen Direktorat für öffentliche Sicherheit sowie der bayerischen und baden-württembergischen Polizei aufzubauen und um Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus in Jordanien vorzubeugen. Zum 1. September 2021 startete das gemeinsame Twinning-Projekt. Wesentliche Ziele der ersten drei Monate waren vor allem der gegenseitige Vertrauensaufbau und das



Die baden-württembergische
Delegation Anna-Katharina Kirsch
und Klaus Ziwey

Kennenlernen der unterschiedlichen Organisationen sowie die Vorbereitung der neuen Strategie für die landesweite Extremismusprävention.

Im Zentrum steht dabei das 2015 gegründete das Community Peace Center als Teil der Special Branch des Jordanischen Direktorats für öffentliche Sicherheit in Amman. Das Community Peace Center hat den Auftrag, gewaltbereite extremistische Ideologien zu bekämpfen und zu verhindern, Online-Rekrutierung und die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft zu erhöhen. Dabei unterstützt das **konex** das Projekt mit seinen Expertinnen und Experten.



BLITZLICHTER: VORTRÄGE

FORTBILDUNG BEIM POLIZEIPRÄSIDIUM EINSATZ

Am 22. Juni 2021 führte Dr. Daniel Köhler, wissenschaftlicher Mitarbeiter des **konex**, mehrere Fortbildungen für die Bereitschaftspolizeidirektion in Bruchsal durch. Dabei wurden einsatztaktische Herausforderungen bei Großveranstaltungen mit Querdenkenbezug und rechtsextreme Codes & Symbole für erfahrende Einsatzleiterinnen und Einsatzleitern und Hundertschaftsführerinnen und Hundertschaftsführern sowie für Teilnehmende eines Zugführerlehrgangs besprochen.

BKA – INTERNATIONALE KONFERENZ

Bei der durch das Bundeskriminalamt ausgerichteten internationalen Staatsschutztagung „EU EMRE (European Expert Meeting on Right-Wing Extremism) 2021“ auf dem Petersberg vom 26. bis 27. Oktober stand die Bekämpfung des Rechtsextremismus/-terrorismus im Fokus. Vertreterinnen und Vertreter zahlreicher europäischer und außereuropäischer Sicherheitsbehörden fanden sich zusammen, um die aktuellen Entwicklungen im Rechtsterrorismus zu besprechen und dadurch auch der zunehmenden transnationalen Bedeutung des Themas Rechnung zu tragen. Dr. Daniel Köhler (**konex**) referierte zu den Themen „Incels“ und „verschwörungsideologische Bewegungen wie QAnon und Querdenken“ als neue Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden.

VERSCHWÖRUNGSMYTHEN

Zusammen mit dem Antisemitismusbeauftragten des Landes Baden-Württemberg, Herr Dr. Blume, hat Verena Fiebig (**konex**) im Rahmen der Veranstaltung „Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Verschwörungsmmythen: Eine Herausforderung für die soziale Arbeit“ mehr als 120 Fachkräfte über Verschwörungsmmythen im Kontext von Rechtsextremismus informiert. Die Veranstaltung wurde vom Treff Sozialarbeit Stuttgart organisiert und im Mai 2021 durchgeführt.

VERÖFFENTLICHUNGEN

„FRAUEN IM RECHTSEXTREMISMUS“, VERENA FIEBIG, KRIMINALISTIK 2/2021

Frauen sind wesentlicher Bestandteil der rechtsextremistischen Szene. Auch wenn sie beinahe in allen Bereichen (zum Beispiel in rechtsextremistischen Gruppierungen oder bei politisch motivierten Straftaten) zahlenmäßig unterrepräsentiert und aufgrund von scene-internen wie -externen Zuschreibungen von geschlechtsspezifischen Eigenschaften und Rollen weniger sichtbar sind, ist der Rechtsextremismus als Ideologie sowie in seiner manifesten Ausgestaltung ohne Frauen nicht denkbar. Sicherheitsbehörden und Justiz sehen sich hier immer wieder Vorwürfen gegenüber, sie würden rechtsextremistische Frauen in ihren Einstellungen und Handlungen übersehen und in ihren Ermittlungen nicht hinreichend berücksichtigen. Mit diesem Artikel wird das Thema Frauen im Rechtsextremismus stärker in den Fokus gerückt.

„RECHTSEXTREME RADIKALISIERUNG AUF ONLINE GAMINGPLATTFORMEN“, DR. DANIEL KÖHLER, VERENA FIEBIG, IRINA JUGL, KRIMINALISTIK 11/2021

Dieser Beitrag gibt einen Überblick zum Forschungsstand im Hinblick auf die Nutzung von Videospieleplattformen und der sogenannten „Gamingszene“ durch extremistische und terroristische Akteure. Des Weiteren werden rechtsextreme Radikalisierungs- und Rekrutierungsprozesse bei Minderjährigen im Videospielekontext anhand von zwei Ermittlungsverfahren aus Baden-Württemberg beleuchtet. Hier zeigt sich, dass mehr zielgerichtete Auswertung und ganzheitliche Betrachtungen notwendig sind. Minderjährige bekommen schnell direkten Kontakt zu offen auftretenden Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten, was ggf. zu einem gegenseitigen Austausch und sehr schnellen Radikalisierungsprozessen führen kann.

GREMIEN UND NETZWERKE LAND

TASK FORCE (GEGEN) HASS UND HETZE

Im Herbst 2021 wurde der ressortübergreifende Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ unter dem Vorsitz des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenminister Thomas Strobl eingerichtet. Im Anschluss nahmen die Koordinierungsstelle „Präventiv und offensiv gegen Hasskriminalität, Antisemitismus und Extremismus“ (KoSt PolAr) des Innenministeriums sowie die beim LKA BW angesiedelte Task Force ihre Arbeit auf. Unter Beteiligung der Landesanstalt für Kommunikation, der Landeszentrale für politische Bildung, des Landesamts für Verfassungsschutz, des Instituts für Bildungsanalysen, des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung, des Demokratiezentrum BW und des Landesmedienzentrums soll die Task Force einschlägige Bedrohungen feststellen und diesen entgegenwirken. Hierzu wird sie unter den beteiligten Mitgliedern bestehende Maßnahmen gegen Hass und Hetze prüfen, diese bündeln und mit neuen Maßnahmen ergänzen.

Das **konex** beteiligt sich an der Task Force gegen Hass und Hetze mit seiner Expertise in wissenschaftlicher Hinsicht sowie auch mit Wissen und Erfahrungen in der strategischen und praktischen Projektarbeit und Projektentwicklung.

BEIRAT DES DEMOKRATIEZENTRUMS BADEN-WÜRTTEMBERG

Im Beirat sind die kommunale Seite, die schulische Bildung, die außerschulische Jugendbildung und Sozialarbeit sowie die politische Bildung und die Sicherheitsbehörden repräsentiert. Der Beirat hat beratende Funktion. Laut Geschäftsordnung findet mindestens eine Sitzung im Jahr statt, auf Wunsch auch mehrere.

LANDESNETZWERK FÜR MENSCHENRECHTE UND DEMOKRATIEENTWICKLUNG – GEGEN RECHTS- EXTREMISMUS UND MENSCHENFEINDLICHKEIT

Hier haben sich Organisationen, Institutionen, Vereinigungen und Ministerien zusammengeschlossen, um sich über die namengebenden Themen auszutauschen. Jedes Mitglied steht in einem eigenen Kontext, doch allen gemeinsam ist das Eintreten für Demokratie und demokratische Werte.¹

RUNDER TISCH DER RELIGIONEN BADEN-WÜRTTEMBERG

Dieser und das dort angestoßene Projekt „Lokale Räte der Religionen auf den Weg bringen“ setzen auf den religionsübergreifenden Dialog zwischen der Landesregierung und der Zivilgesellschaft. Sie betonen das Verbindende zwischen verschiedenen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und tragen auf diese Weise dazu bei, Verständnis für andere Sichtweisen zu schaffen. Zudem soll damit der gesellschaftliche Zusammenhalt an der Nahtstelle zwischen Politik und Zivilgesellschaft gestärkt werden.

KNOW HATE CRIME!

Zusammen mit Expertinnen und Experten aus dem Themen- bzw. Arbeitsfeld „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ und Betroffenengruppen wurde ein landesweit aktives Aktionsnetz „kNOw HATE CRIME!“ als zivilgesellschaftlicher Beitrag zur Prävention im Bereich Kriminalitätsbekämpfung aufgebaut.

¹ Homepage Demokratiezentrum: www.demokratiezentrum-bw.de

BUND

BUND-LÄNDER-ARBEITSGRUPPE (BLAG)

„HANDLUNGSBEDARF AUFGRUND ZUNEHMENDER ANTISEMITISCHER UND ANTI-ISRAELISCHER HETZE VOR DEM HINTERGRUND DES NAHOST-KONFLIKTS“

Nach Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder wurde eine BLAG eingerichtet, welche die bisherigen Präventionsmaßnahmen aufgrund zunehmender antisemitischer und antiisraelischer Hetze vor dem Hintergrund des Nahost-Konflikts beim Bund und in den Ländern erhebt und Ansätze für eine Weiterentwicklung aufzeigt.

ARBEITSGRUPPE DERADIKALISIERUNG

DES GEMEINSAMEN TERRORISMUSABWEHRZENTRUM (GTAZ)

Die AG Deradikalisierung ist eine Austausch- und Kooperationsplattform für die Expertinnen und Experten der im Bereich der Deradikalisierung zuständigen Bundes- und Landesbehörden. Im Rahmen dieser AG werden Trends und Herausforderungen im Bereich der Deradikalisierung islamistisch-radikalisierter Personen thematisiert, so auch Islamistinnen und Islamisten, die aus den ehemaligen Einflussgebieten des IS zurückkehren. Neben dieser strategischen Ausrichtung der AG Deradikalisierung findet zudem ein praxisorientierter Erfahrungsaustausch zur Entwicklung und Anpassung von Deradikalisierungsmaßnahmen statt.²

Hierzu wurden mehrere Unterarbeitsgruppen gebildet, an denen ebenfalls das **konex** teilnimmt. Es werden beispielsweise Standards der Fallarbeit aber auch Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Programmen diskutiert.

BUND-LÄNDER-ARBEITSTAGUNG „BEHÖRDLICHE AUSSTEIGERPROGRAMME DES BUNDES UND DER LÄNDER GEGEN RECHTSEXTREMISMUS“ (BLAT REX)

Hierbei handelt es sich um eine Arbeitstagung, die primär auf Ebene der Ausstiegsbegleiterinnen und Ausstiegsbegleiter staatlicher Träger stattfindet und so unmittelbare Relevanz für die tägliche

Arbeit der Programme entfaltet. Die BLAT REX hat über die Jahre zu einer Verstärkung des Austauschs und damit einhergehend immer wieder auch zur Steigerung der Arbeitsqualität und der Fortentwicklung der Aussteigerprogramme geführt.

BUND-LÄNDER-ARBEITSTAGUNG STAATLICHER AUSSTEIGERPROGRAMME IM BEREICH LINKSEXTREMISMUS (BLAT LEX)

Analog zur BLAT REX wurde 2021 erstmalig eine Arbeitstagung für den Phänomenbereich Linksextremismus durchgeführt. Die BLAT LEX wurde von den Teilnehmenden als positives Austauschformat wahrgenommen, das verstetigt werden soll.

BUND-LÄNDER-AUSTAUSCH ZU MASSNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER GEGEN ISLAMISTISCHE RADIKALISIERUNG DES BUNDESMINISTERIUMS DES INNERN (BMI)

Die Tagung für staatliche Träger wird einmal jährlich durch das BMI angeboten. Es werden dabei neben einem Austausch über aktuelle Programme und Maßnahmen auf Landes-, Bundes- und insbesondere internationaler Ebene aktuelle aber auch zukünftige Herausforderungen und Schwerpunkte diskutiert.

VERNETZUNGSTREFFEN DER LANDESPROJEKTE UND BUNDESWEITEN BEHÖRDEN- STRUKTUREN DER LÄNDERPROGRAMME SOWIE DER ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN TRÄGER IM BEREICH DERADIKALISIERUNG/ANGEHÖRIGENBERATUNG

Das Vernetzungstreffen wird ein- bis zweimal jährlich durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ausgerichtet. Es bietet eine Plattform für den phänomenübergreifenden Austausch staatlicher und zivilgesellschaftlicher Träger und Organisationen im Bereich der Extremismusprävention und Deradikalisierungsarbeit.

INTERNATIONAL

EUROPEAN EXPERT NETWORK ON TERRORISM ISSUES

Zentrales Anliegen ist grundsätzlich der informelle Austausch auf wissenschaftlich-analytischer Ebene zu Fragen des aktuellen Forschungsstandes zu aktuellen extremistischen/terroristischen Erscheinungsformen sowie zu Maßnahmen der Prävention, Bekämpfung und Deradikalisierung.

² Aus Pressemeldung zum 10jährigen Jubiläum: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2019/20191001-am-ag-deradikalisierung.html;nn=282388>

KONEX UNTER NEUEM DACH



2015 wurde das **konex** im Innenministerium „aus der Taufe gehoben“. Extremismusprävention und Deradikalisierungsarbeit waren und sind die Aufgaben.

Das **konex** konnte im Innenministerium (auf-)wachsen und wurde gemäß Koalitionsvertrag von Bündnis 90/Die Grünen BW und CDU BW 2021 – 2026 zum 1. Januar 2022 aus dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg herausgelöst und in das Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA BW) eingegliedert.

Das **konex** wird auch unter dem Dach des LKA BW in seiner bewährten Struktur und mit seinem hohen Stellenwert in Bezug auf Aufgabenerfüllung und Vernetzung fortbestehen.

Andreas Stenger: Ich freue mich sehr über diesen Zuwachs – das **konex**-Team und seine Expertise sind ein absoluter Gewinn für das LKA und ich bin mir sehr sicher, dass wir die sehr gute Arbeit des **konex** als Einheit in bewährter Form fortführen werden. Prävention ist Chefsache und deshalb wollte ich das **konex** auch organisatorisch ganz nahe bei mir haben. Ich freue mich schon auf die Zusammenarbeit mit dem gesamten Team. Das **konex** mit seinen Expertinnen und Experten aus den Bereichen Angewandte Wissenschaft, Landesbildungszentrum Deradikalisierung und Beratung wird ein gefragter Partner im LKA sein.



Das **konex** ist dem Präsidenten des Landeskriminalamts Andreas Stenger seit 1. Januar 2022 unterstellt.

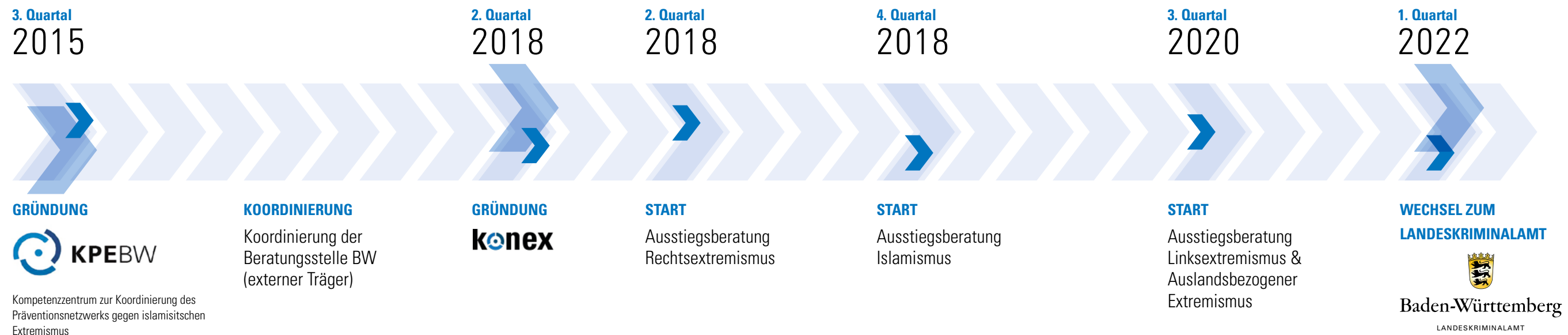
WILLKOMMEN IM LKA! DER EHEMALIGE UND DER NEUE CHEF IM GESPRÄCH

Als Leiter des Referats 32 war Landeskriminaldirektor Klaus Ziwey für die Geschicke des **konex** im Innenministerium verantwortlich.



SEIT DEM 1. JANUAR 2022 IST DAS KONEX NUN TEIL DES LKA. WAS BEDEUTET DAS FÜR SIE?

Klaus Ziwey: Das **konex** hat sich in der Extremismusprävention und Deradikalisierungsarbeit bewährt und etabliert. Persönlich bedauere ich die Herauslösung aus meinem Zuständigkeitsbereich im Innenministerium. Die Themen und vor allem das tolle Team sind mir ans Herz gewachsen und ich freue mich sehr über das bisher Erreichte – ein Verdienst aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Seit seiner Gründung noch unter der Kurzbezeichnung KPEBW hat sich das **konex** stetig vergrößert und weiterentwickelt. Mittlerweile haben wir ein hochklassiges interdisziplinäres Team, mit sich bestens ergänzenden unterschiedlichsten Kompetenzen.



DAS KONEX UND DAS LKA – WAS HABEN DIE BEIDEN GEMEINSAM?

Klaus Ziwey:

Das **konex** ist nicht mehr wegzudenkender Teil der Sicherheitsarchitektur zur Extremismusbekämpfung in Baden-Württemberg und hatte schon unter dem Dach des Innenministeriums auch enge Kontakte zum LKA. Das Thema Deradikalisierung ist dem LKA ja nicht fremd ich erinnere an die ehemalige Beratungs- und Interventionsgruppe Rechtsextremismus (BIG Rex).

Andreas Stenger:

Ich sehe da auch vielfältige Schnittstellen: Unser Referat Prävention ist bereits langjähriges Mitglied im Fachbeirat, wir richten gemeinsam Veranstaltungen aus und die Teilnahme an Fallkonferenzen des Zielpersonenmanagements sind schon lange selbstverständlich. Da macht es Sinn, das **konex** ins LKA einzubinden – organisatorisch jedoch klar getrennt von der Repression. Das **konex** soll als „helfende Hand des Staates“ von Menschen, die Hilfe und Unterstützung beim Ausstieg aus dem Extremismus oder im Umgang mit radikalisierten Personen brauchen, wahrgenommen werden. Dieses Angebot ist ein wichtiger Baustein unserer Gesamtstrategie zur Extremismusbekämpfung.

WO SEHEN SIE NEUE HERAUSFORDERUNGEN IN DER EXTREMISMUSPRÄVENTION UND DER DERADIKALISIERUNGSARBEIT?

Klaus Ziwey:

Die bekannten extremistischen Phänomenbereiche verändert sich grade so stark wie lange nicht mehr, was auch mit der globalen Pandemielage zu tun hat. Dazu kommen zahlreiche neue Phänomene, die sich besonders im Internet zeigen, etwa die QAnon und Incel Bewegungen. Wir haben es immer mehr mit ideologischen Mischszenen, z. B. auf Messengerdiensten wie Telegram zu tun, die dann auch schnell in aktive Gewalttaten im realen Leben umschlagen können. Daher wird Extremismusprävention und Deradikalisierungsarbeit neue digitale Wege beschreiten müssen. Im Innenministerium haben wir auf diese aktuellen Entwicklungen mit der bei mir eingerichteten Koordinierungsstelle „Präventiv und offensiv gegen Hasskriminalität, Antisemitismus und Extremismus“ (KoSt PolAr) als Geschäftsstelle des ressortübergreifenden Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ reagiert. Diese Koordinierungsstelle ist auch eine Art Schnittstelle zwischen dem Innenministerium und dem **konex** im LKA, damit wir weiterhin die besondere Expertise der Extremismusprävention für diese Arbeit nutzen können.

Andreas Stenger:

Da gehen wir Hand in Hand! Im LKA wurde am 16. November 2021 mit Beschluss des Kabinettsausschusses die Task Force gegen Hass und Hetze eingerichtet. Die Task Force ist eine Art „Motor“ und Ideengeber für die Arbeit des Ausschusses. Die enge Zusammenarbeit mit dem **konex** und die intensive Beschäftigung mit neuen Ansätzen der Prävention und Deradikalisierung im Internet gehört für uns selbstverständlich zum Kern der Task Force. Das **konex** wird dadurch sozusagen auch ein wichtiges Bindeglied in diesem Themenfeld zwischen LKA und Innenministerium, über das wir uns einen stetigen und produktiven Transfer von Expertise, Erfahrung und kreativen Projekten erwarten.



KONEX UNTER NEUEM DACH

Für die Eingliederung des konex in das LKA mussten knapp 200 „offene“ Punkte zu den unterschiedlichsten Themenstellungen in Bezug auf Personal, Haushalt und Technik bearbeitet werden. Ein besonderer Dank gilt den vielen Akteurinnen und Akteuren des Innenministeriums, des Landeskriminalamts und des Präsidiums für Technik, Logistik und Service der Polizei, die einen reibungslosen Übergang gewährleisteten.



(NEUE) ERREICHBARKEITEN DES KONEX

KOMPETENZZENTRUM GEGEN EXTREMISMUS IN BADEN-WÜRTTEMBERG (KONEX)

Postfach 50 07 29
70337 Stuttgart
www.konex-bw.de

ALLGEMEINE AUSKÜNFTE

E-Mail: kontakt@konex.bwl.de
T: 0711 279-4556

AUSSTIEGSBERATUNG KONEX:

E-Mail: ausstiegsberatung@konex.bwl.de

AUSSTIEGSBERATUNG RECHTSEXTREMISMUS

T: 0711 279-4544

AUSSTIEGSBERATUNG ISLAMISTISCH MOTIVIERTER EXTREMISMUS

T: 0711 279-4555

AUSSTIEGSBERATUNG LINKSEXTREMISMUS

T: 0711 279-4566

AUSSTIEGSBERATUNG AUSLANDSBEZOGENER EXTREMISMUS

T: 0711 279-4577



Baden-Württemberg

LANDESKRIMINALAMT